

| | |
|---------------------|---|
| Zeitschrift: | Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes |
| Herausgeber: | Schweizerischer Gewerkschaftsbund |
| Band: | 17 (1925) |
| Heft: | 10 |
| Rubrik: | Internationales |

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Internationales.

Kongress der Internationalen Holzarbeiter-Union.

Ende Juli fand im Maison du Peuple in Brüssel der diesjährige Kongress der Internationalen Holzarbeiter-Union statt. In dem von den belgischen Genossen geschmackvoll hergerichteten Sitzungssaal fanden sich 42 Delegierte aus 14 Ländern, die 21 angeschlossene Verbände vertraten, zu den Tagungen zusammen. Der schweizerische Bau- und Holzarbeiterverband und ein englischer Verband hatten die Einladung des russischen Holzarbeiterverbandes verlangt; die Exekutive hatte aber diesem Begehr keine Folge gegeben.

Der Bericht des Sekretärs lag gedruckt vor und orientierte die Delegierten über den Stand der Bewegung in den verschiedenen angeschlossenen Ländern und über die Tätigkeit des internationalen Sekretariates. Allgemein wurde die Arbeit des Sekretärs und dessen Fleiss anerkannt. Die Diskussion über den Bericht währte zwei Tage. Im Mittelpunkt der Aussprache stand die Frage der Beziehungen zu den der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Verbänden. Während Reichmann-Schweiz, Tomkins und Gossip (Engl. Möbelarbeiterverband), Volan-Norwegen und Oberti-Italien die Aufnahme der Russen in die internationale Union befürworteten und die Schritte des englischen Möbelarbeiterverbandes nach dieser Richtung billigten, traten die Vertreter der andern Landesorganisationen diesen Bestrebungen entschieden ablehnend gegenüber. In der Abstimmung wurde der administrative Teil des Berichtes mit allen gegen eine Stimme angenommen; die Abstimmung über die Haltung zu den Russen ergab 39 Stimmen für die Haltung der Exekutive, 15 Stimmen für die Auffassung Gossip-Reichmann, während sich 6 Delegierte der Stimme enthielten.

Der Kongress stimmte darauf einer Entschließung zu, die den im Kampfe sich befindenden Gewerkschaften aller Länder die Sympathie der Internationalen Holzarbeiter-Union ausspricht.

Anträge auf Aufnahme der kommunistischen Verbände in die Internationale Union fanden ihre Erledigung durch Annahme folgender Entschließung: «Der Kongress beauftragt das Exekutivkomitee, ohne die Prinzipien unserer Bewegung zu verletzen, die Bemühungen fortzusetzen, um die Aufnahme aller Organisationen herbeizuführen, die noch ausserhalb der Union stehen und bereit sind, deren Statuten und Beschlüsse anzuerkennen.» Das Exekutivkomitee wurde ferner ermächtigt, wenn es die Zweckmässigkeit und Notwendigkeit dazu für gegeben hält und in Russland Verhältnisse herrschen, die der Delegation die Möglichkeit geben, nach Belieben Untersuchungen zu veranstalten, eine Delegation nach Russland zu entsenden.

Ein gedruckt vorliegendes Referat von Tarnow über Aufgaben und Organisationsform der internationalen Gewerkschaftsbewegung wurde den Verbänden zum Studium überwiesen. Ebenso die Anträge betreffend weitere Fusionen von Bau- und Holzarbeiterorganisationen. Das internationale Sekretariat verbleibt in Amsterdam; als Sekretär wurde Woudenberg einstimmig bestätigt. Das Exekutivkomitee wurde bestellt aus Tarnow-Deutschland, Petersen-Dänemark, Hauwaert-Belgien und Wolstoncroft-England. Der Vertreter der amerikanischen Holzarbeiter gab der Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit dem internationalen Sekretariat Ausdruck.

Internationaler Bund der Hutarbeiter. Im August fand in Paris der internationale Kongress der Hutarbeiter statt. Der Internationale gehören die Fachverbände folgender Länder an: Deutschland, Oesterreich, Brasilien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Un-

garn, Italien, Norwegen, Polen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Jugoslawien. Insgesamt umfasst die Internationale rund 50,000 Mitglieder.

Der Kongress befasste sich in erster Linie mit dem Arbeiterschutz und ersuchte das Internationale Arbeitsamt durch eine Entschließung, eine internationale Erhebung über die Gefahren der Quecksilbervergiftung im Hutmachergewerbe einzuleiten. Die 7. internationale Arbeitskonferenz hat einem Uebereinkommens-Entwurf in dieser Frage zugestimmt, der aber nicht alle von der Vergiftungsgefahr bedrohten Gruppen der Hutmacher einschliesst. Der Kongress fordert, dass auch den Arbeitern der Fellhaarschneiderei und des Filzens der gesetzliche Schutz gegen Quecksilbervergiftungen zuteil werde.

Die Exekutive wurde wie folgt bestellt: Präsident: Staub (Deutschland); Vizepräsident: Milan (Frankreich); Sekretär: Reina (Italien).

Internationaler Kongress der Lithographen. Am 7. und 8. August fand in Köln der internationale Kongress der Lithographen statt. Die Tagung war gut besucht; es hatten sich die Vertreter der angeschlossenen Verbände in Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Oesterreich, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn eingefunden.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die *Offsetfrage*. Poels, der internationale Sekretär, hielt das orientierende Referat. Er betonte, dass die Zugehörigkeit des Offsetdruckes zum Lithographiegewerbe nicht mehr bestritten sei, da sie auch von den Buchdruckern anerkannt wurde. Um so dringender müsse die Frage der Organisationszugehörigkeit abgeklärt werden. Genosse Verdan, der Sekretär des Internationalen Buchdruckerbandes, war aufgefordert worden, dem Kongress den Standpunkt seiner Organisation auseinanderzusetzen. Er stellte sich auf den Standpunkt, dass Verhandlungen nur auf dem Boden des Gemeinschaftsgebietes möglich seien und dass die Organisationsfrage auf dieser Grundlage gelöst werden könne. Die Vertreter der Steindruckerorganisationen lehnten diesen Standpunkt durchweg ab und gaben der Ueberzeugung Ausdruck, dass der Offsetdruck nur von einer Stelle aus organisiert und tarifiert werden könne.

Der Kongress trat darauf auf die Beratung der Abwehrmassnahmen gegen die Beschlüsse des letzten Internationalen Buchdruckerkongresses ein; es lag ihm eine Entschließung des folgenden Inhalts vor:

Die von der Exekutive der Lithographen dem internationalen Buchdruckerkongress vorgelegte Resolution betreffend die Zuständigkeit über den Offsetdruck wurde gutgeheissen. Die vom Buchdruckerkongress angenommene Entschließung wird bedauert und die von der Exekutive der Lithographen gegenüber der gemeinsamen Zusammenkunft vom März 1925 eingenommene Haltung gebilligt. Das Exekutivkomitee soll jederzeit bevollmächtigt sein, mit dem internationalen Buchdruckersekretariat eine Verständigung zu suchen, sofern, als die von Lithographen gefasste Resolution ebenfalls zur Diskussionsgrundlage gemacht wird, wonach die Offsetmaschine als Steindruckverfahren anerkannt wird und als solches in den Organisationsbereich der Steindrucker fällt, womit auch für die Angehörigen anderer Berufe, die den Offset ausüben, die Pflicht besteht, in die Steindruckerorganisation überzutreten. Von Seiten des Genossen Hass (Deutschland) wurden dazu Abänderungsanträge gestellt, die die Regelung dieser Frage in Deutschland als Verhandlungsgrundlage betrachten wollten und im Streitfalle die Spaltenverbände der Landesorganisationen, eventuell den I.G.B. als Schlichtungsinstanzen in Aussicht nehmen wollten. Diese Vermittlungsanträge wurden aber abgelehnt und die deut-

schen Lithographen mussten sich noch einen Rüffel wegen zu grossen Entgegenkommens gegenüber den Buchdruckern gefallen lassen.

Hinsichtlich der Einführung der «Typar»-Schreibsetzmaschine lag ein gedruckter Bericht vor; die Landesorganisationen wurden eingeladen, ihren Standpunkt schriftlich dem internationalen Sekretariat bekanntzugeben. Der Kongress beschloss ferner die Einleitung einer Solidaritätsaktion zugunsten der streikenden Lithographen in Belgien.



Ausland.

Deutschland. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund gibt sein über 200 Seiten umfassendes Jahrbuch pro 1924 heraus, dem wir die folgenden Angaben entnehmen:

Das Wirtschaftsjahr verlief im Zeichen der Währungsstabilisierung. Nachdem durch die Entwertung des Geldes die innere Schuld des Staates aus ungedeckten und auf seine Schatzanweisungen ausgegebenen Zahlungsmitteln auf etliche hundert Millionen Goldmark heruntergetrieben worden war, war der Zeitpunkt für die Stilllegung der Notenpresse und die Schaffung eines neuen Zahlungsmittels gekommen. Es wurden die durch Sachwerte gedeckten Rentenmarkscheine herausgegeben; nach relativ kurzer Übergangszeit hatte sich die neue Währung eingelebt. Die Rückwirkungen auf Wirtschaft und Kosten der Lebenshaltung blieben allerdings nicht aus: Die Preise für industrielle Rohstoffe und die Kosten der Lebenshaltung stiegen stark an. Auf der andern Seite war ein starkes Abnehmen der Arbeitslosigkeit festzustellen. Entsprechend der Konjunktur stiegen die Löhne im verflossenen Jahre an; dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass trotz der steigenden Tendenz die Löhne noch immer ausserordentlich gering sind. Sehr interessante Dinge werden über die Entwicklung der Preise gesagt. Die Zahl der Handelstätigen hat sich so vermehrt, wie die Gütermenge sich verringerte. Die Preisbildung schien sich oft nach dem Prinzip zu richten, dass von der überreichen Zahl der Händler auch der letzte noch nach bürgerlichem Standard leben müsse. Durch die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse dürfte auch hier nach und nach ein Umschwung sich vollziehen. Die Produktion hat sich in den meisten Industriezweigen gehoben. Ueber die Auswirkung der Dawes-Gesetze wird ein abschliessendes Urteil nicht gefällt; es wird aber anerkannt, dass sie die politische Atmosphäre von den gehässigen Sanktionen gereinigt und eine vertragsmässige neue Wirtschaftsgrundlage für Deutschland geschaffen haben.

Besondere Abschnitte des Berichts orientieren über die Tätigkeit der Bundesinstanzen auf dem Gebiet der Handelspolitik (Kampf gegen die schutzzöllnerischen Tendenzen), die politische Vertretung der Gewerkschaftsinteressen, Nachwirkungen der Ruhrbesetzung, Arbeitsmarkt und Arbeitslosenschutz, Sozialpolitik und Teuerung. Von besonderem Interesse sind die inhaltsreichen Darlegungen über die Lohnpolitik und die Lohnentwicklung.

Die an den statistischen Erhebungen über die Lohnbewegungen beteiligten 34 Verbände führten im Berichtsjahre 33,855 Bewegungen, an denen 18,365,929 Personen in 858,553 Betrieben beteiligt waren. Von den Bewegungen wurden 30,196 mit 16,226,080 Beteiligten ohne Arbeitsniederlegung abgeschlossen. In 3609 Fällen kam es zu Streiks oder Aussperrungen, an denen 41,535 Betriebe mit 1,966,621 Personen beteiligt waren.

Die Grosszahl der Bewegungen (30,846 mit 15,745,810 Personen) wurden zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt, während es sich beim Rest um Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen handelt. In 319 Fällen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit, in 28,714 Fällen eine Erhöhung der Löhne, in 1437 beides zusammen verlangt, während in 376 Fällen andere Forderungen der Bewegung zugrunde lagen.

Bei den Bewegungen, die zu Streiks oder Aussperrungen führten, entfielen 2361 auf Angriffs- und 1298 auf Abwehrbewegungen. An den insgesamt 1167 Aussperrungen waren 1,220,833 Personen beteiligt. Tarifverträge wurden in 2045 Fällen für 3,937,195 Personen neu abgeschlossen; erneuert oder verlängert wurden Tarifverträge in 2921 Fällen mit 3,783,482 Personen. Die Bewegungen erforderten eine Gesamtausgabe von 15,584,573 Mark; davon entfielen auf Streiks und Aussperrungen 14,044,750 Mark.

— Ueber die Ergebnisse der Bewegungen geben die folgenden Zahlen Aufschluss: Es erhielten 9,441,099 männliche Personen eine Lohnerhöhung von 3,53 Mark pro Woche und 3,909,941 weibliche Personen eine Lohnerhöhung von 1,81 Mark pro Woche. Hinsichtlich Arbeitszeit wurde für 178,634 Personen eine Verkürzung von zusammen 785,983 Stunden pro Woche erreicht.

Ein weiterer Abschnitt des Berichts ist dem Kampf um den Achtstundentag gewidmet. Die Unternehmer unternahmen angesichts der durch die Inflation geschwächten Kampfkraft der Gewerkschaften zahlreiche Angriffe auf den Achtstundentag. Es trifft aber nicht zu, dass sich die deutschen Arbeiter die 48stundenwoche kampflos haben entreissen lassen; vielmehr wurden erbitterte Kämpfe geführt, wobei oft den Kämpfenden nicht einmal die statutarischen Unterstützungen ausbezahlt werden konnten. Im Mai 1924 führte der ADGB eine Erhebung über die Arbeitszeit durch; sie ergab, dass die Befürchtungen übertrieben waren; für ungefähr zwei Drittel der erfassten Betriebe mit 50 Prozent der beschäftigten Arbeiter hatte der Achtstundentag gehalten werden können. In einer Denkschrift an das Reichswirtschaftsministerium setzte der Bundesvorstand seine grundsätzliche Stellung zur Arbeitszeitfrage auseinander. Eine zweite Erhebung über die Arbeitszeit im November 1924 ergab einen beträchtlichen Rückgang der über 48 Stunden hinaus arbeitenden Betriebe. Immerhin arbeiten immer noch 45 Prozent der erfassten Arbeiter länger als 48 Stunden.

Den statistischen Angaben über die Mitgliederzahl der Verbände entnehmen wir, dass dem ADGB Ende 1924 zusammen 41 Verbände mit 4,564,163 Mitgliedern (davon 921,140 weibliche) angeschlossen waren gegenüber einem Bestand von 44 Verbänden mit 7,063,158 Mitgliedern bei Abschluss des Vorjahres. Die Wirkungen der Währungskatastrophe, verschärft durch die Treibereien der Kommunisten, kommen in diesem Mitgliederrückgang zum Ausdruck. Indessen ist der Tiefstand bereits überwunden, und die Mitgliederzahlen sind durchweg in neuem Anstieg begriffen. Die Gesamteinnahmen beliefen sich pro 1924 auf 97,037,600 Mark, die Gesamtausgaben auf 69,071,119 Mark. Von den Ausgaben entfielen auf Unterstützungen 10,344,611 Mark, auf Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 16,685,946 Mark, auf Agitation etc. 13,078,888 Mark, auf Bildungszwecke und Verbandsorgane 3,793,758 Mark und auf Verwaltung 25,167,916 Mark.

Der Bericht wird ausserdem ergänzt durch reichhaltiges Material über die Tätigkeit der Kommunisten, Bildungswesen, Organisationsfragen, Kongresse und über die Internationale Gewerkschaftsbewegung.

— In Breslau tagte in der ersten Septemberwoche der Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Anwesenheit von zirka 320 Delegierten und